

## **Wasser ist ein Menschenrecht!**

Klimaerhitzung, Übernutzung und Verschmutzung von Wasser, Versperrung des Zugangs zu Wasser durch Landgrabbing und Privatisierung sind einige Gründe dafür, dass viele Menschen nicht ausreichend mit Wasser versorgt sind. Betroffen sind vor allem kleinbäuerliche Gemeinden, indigene Völker und andere diskriminierte Minderheiten. Weltweit haben 2,2 Milliarden Menschen – ein Drittel der Weltbevölkerung - keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 785 Millionen Menschen verfügen nicht einmal über eine Grundversorgung mit Wasser. 4,2 Milliarden Menschen fehlen hygienische Sanitäranlagen.

Obwohl die Wasserversorgung in den letzten zwei Jahrzehnten weltweit verbessert wurde, wird Wasser in vielen Regionen der Welt zunehmend zum knappen Gut. Wasser- und Agrarkonzerne versuchen sich daher, Wasserressourcen anzueignen, Bergbauunternehmen holen sich Genehmigungen für die Ausbeutung von Grundwasser – sehr oft über die Köpfe örtlicher Gemeinden hinweg. Freihandelsabkommen fördern den Export von wasserintensiven Konsumgütern in den globalen Norden.

Frauen sind in besonderer Weise betroffen. In fast allen Ländern des Globalen Südens sind sie für die Wasserversorgung ihrer Familien zuständig. Sie müssen dafür oft viel Zeit aufwenden, die ihnen für Bildung oder Erwerbstätigkeit fehlt. Auf langen Strecken zu Wasserquellen und Toiletten sind sie sexuellen Belästigungen bis zu Vergewaltigungen ausgesetzt.

Dabei ist Wasser ein Menschenrecht und erklärtes Entwicklungsziel der internationalen Staatengemeinschaft. 2010 hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Menschenrechte auf Wasser und Sanitäranlagen für alle Menschen anerkannt. Damit müssen Staaten Menschen der Versorgung mit Wasser Vorrang vor Unternehmen einräumen. 2015 hat die Staatengemeinschaft die Versorgung aller Menschen mit sauberem Wasser, Sanitäranlagen und Hygiene (WASH) in die Nachhaltigkeitsziele aufgenommen.

Darauf weist FIAN in seinem Projekt hin, das von BMZ durch Engagement Global, der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW sowie Brot für die Welt finanziell gefördert wird. FIAN fordert: Die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft müssen das Menschenrecht auf Wasser in allen Politikbereichen achten und schützen und für seine Gewährleistung sorgen.